

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Einzelgenpreis: Die 6 gepall. Millimeterzelle für Arbeitsgesuche 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzelgen 1.20 M

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 44

Duisburg, den 29. Oktober 1921

22. Jahrgang

## Valutawerte und Export

Durch die anhaltende Entwertung der deutschen Währung werden seitens des Exports bei allen aus heimischen Rohstoffen erzeugten Waren ganz bedeutende Gewinne erzielt. Wo dies nicht der Fall ist, sind die Preise nicht dem Weltmarktstand angepasst worden und wirken als Valutadumping, neue Zollmaßnahmen des Auslandes hervorgerufen. In beiden Fällen ist ein Eingriff des Staates unbedingt erforderlich. Es geht nicht an, daß bei der heutigen Not des Volkes und der trostlosen Finanzlage des Reiches die Privatwirtschaft unverdiente Riesengewinne einstreicht und der Staat nicht in entsprechender Weise einen Anteil an diesen Valutagewinnen erhält. Andererseits gibt es immer noch deutsche Firmen, welche unbeschadet der dadurch hervorgerufenen volkswirtschaftlichen Schäden, deutsche Güter verschleudern.

Fabriken und Wiederverkaufsfirmen konkurrieren sich im Ausland untereinander nieder, treiben ein ausgesprochenes Valutadumping, das das Ausland natürlich im Interesse seiner Volkswirtschaft nicht unbeachtet lassen kann. So wird neuerdings bekannt, daß deutsche Fabriken, vor allem aber tausende von Wiederverkaufsfirmen und Agenten ihre elektrotechnischen Erzeugnisse nach Schweden in Mark zu Inlandspreisen verkaufen und Offerten nach dort senden, die zu einer vollständigen Verwirrung und Verwüstung der gesamten Preislage geführt haben. Es hat eine Firma durch ihre schwedischen Vertreter Originalschalter 4 Ampere, 250 Volt zu 4 Mark pro Stück bei Lieferung in kleinen Posten und sogar direkt an Konsumenten offeriert. Das sind bei dem heutigen Kurs der Mark etwa 15 Vere. In derselben Linie bewegen sich auch die Preise für andere elektrotechnische Apparate.

Es erscheint deshalb unbedingt notwendig, hier durch Maßnahmen regelnd einzugreifen. Solche Maßnahmen werden jedoch nur dann Erfolg haben, wenn die in die Außenhandelskontrolle im Laufe der Zeit gerissenen Lücken gestopft werden. Dies ist auch Vorbedingung zur Erfüllung der Forderung der Regierung auf vermehrte Devisenbeschaffung. Als ein besonderes Hemmnis hat es sich gezeigt, daß die durchführenden Organe der Außenhandelskontrolle zu wenig und leicht handhabende Mittel haben, um Vergehen gegen die Ausführbestimmungen zu ahnden. Eine Strafanzeige erweist sich als ungeeignet, weil zu langwierig, die Ausfuhrsperrre als zu scharf, nur anwendbar in besonders schwerwiegenden Fällen, da nicht bloß der Schuldige, sondern völlig Unbeteiligte, ja die gesamte Volkswirtschaft durch eine solche in Mitleidenschaft gezogen wird. Den Selbstverwaltungskörpern das Recht zuzugestehen, selbst für Ordnung und Ahndung zu sorgen, entspricht durchaus dem ihnen verliehenen Charakter.

Im Hinblick auf vorstehende Tatsachen haben die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat: Waltrusch, Kreil und Fromm dort folgenden Antrag gestellt:

Die Genannten beantragen, der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, in einer baldigst einzuberufenden Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses sich über nachstehende Fragen zu äußern und diese Äußerung zu Erörterung zu stellen.

1. Welche Schritte gedenkt die Reichsregierung zu unternehmen, um im Interesse der Reichsfinanzen sich an den Valutagewinnen einen entsprechenden Anteil zu sichern?
2. Wie beabsichtigt sie nach Fortfall der Sanktionen die Außenhandelskontrolle wieder effektiv zu gestalten?
3. Ist sie insbesondere bereit, den Außenhandelsausschüssen bzw. Stellen die Befugnisse zuzuerkennen, bei Verstößen gegen die Ausführbestimmungen zwecks Vermeidung des langwierigen Strafprozesses und Verhängung von Ausfuhrsperrren, Geldbußen zu verhängen?

## Die Unterbringung Schwerbeschädigter

Franz Goerig.

Bereitete unter den Wirkungen der Demobilisierung, des wirtschaftlichen Tiefstandes und der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren schon die Unterbringung vollleistungsfähiger Kräfte große Schwierigkeiten, so stellen sich der Unterbringung der Schwerbeschädigten noch größere Hemmnisse entgegen. Und doch haben auch die Schwerbeschädigten einen gleich großen Anspruch auf Arbeit wie ihre leistungsfähigen aus dem Kriegsdienst herausgenommenen Mitarbeiter. Ihr Anspruch ist bei billiger Abwägung der ganzen Sachlage im Grunde genommen sogar noch größer als der der Vollarbeiter, weil sie unter den Kriegsfolgen und im Dienste der Allgemeinheit noch größere Opfer bringen mußten und deshalb beanspruchen können, daß auch die Allgemeinheit diese Lasten tragen hilft.

Ueber die Notwendigkeit einer besonderen Fürsorge für die Schwerbeschädigten bestehen auch in der Praxis kaum Meinungsverschiedenheiten. Nur über die Wege gehen die Ansichten weit auseinander.

Die einen glauben, daß es angesichts der allgemeinen Arbeitslosigkeit und des geringen Maßes vorhandener Arbeit volkswirtschaftlich besser ist, in die offenen Arbeitsstellen zunächst nur die Vollleistungsfähigen einzuweisen, damit nicht auch ihre

volle Arbeitskraft zum Teil brach liegt, und aus den Mitteln der durch die volle Arbeit der ungeschwächten Arbeitskräfte erzielten Werte den in ihrer Arbeits- und Leistungsfähigkeit geschwächten Schwerbeschädigten Unterstützungsbeträge zu gewähren.

Anderer erblicken in einem solchen Vorschlage nicht nur eine Härte gegenüber den Schwerbeschädigten, sondern auch einen volkswirtschaftlichen Fehler. Mit Recht; denn die Schwerbeschädigten fühlen die Folgen und Wirkungen ihrer Beschädigung und Leistungsminderung um so stärker, je mehr man sie in die Rolle von Almosenempfängern hineindrängt. Auch sie haben das Bestreben, im Sinne des verfassungsmäßigen Rechtes auf Arbeit durch wirtschaftliche Arbeit wenn auch nicht den ganzen, so doch einen Teil ihres Unterhaltes zu erwerben.

Hinzu kommt, daß wir beim Wiederaufbau und in Zukunft, wenn die größte Arbeitslosigkeit beseitigt ist, nicht dauernd auf die Kräfte der Schwerbeschädigten verzichten können. Es wird vielmehr erforderlich sein, jede, auch die geringste Arbeitskraft als Produktionsmittel voranzutreiben um die Gütererzeugung zu mehren und zu verbilligen und um dadurch wieder konkurrenzfähig mit dem Auslande zu werden. Man beginnt ja auch immer mehr einzusehen, daß die große Arbeitslosigkeit der letzten Jahre zu einem guten Teile eben deshalb entstanden ist, weil nicht rechtzeitig nach der Demobilisierung alle Kräfte angespannt worden sind. Hätte man damals eine rationelle Verteilung der Arbeitskräfte nach dem Grundsatz vornehmen können, jedem diejenige Arbeit zuzuwenden, für die er am besten geeignet ist und überall durch die geringsten Kräfte die höchsten Leistungen zu erzielen so würde die Produktion kaum so sehr ins Stoden geraten sein, sicherlich dann nicht, wenn es gelungen wäre, rechtzeitig durch entsprechenden Austausch ausreichende Arbeitskräfte für den Bergbau und die Landwirtschaft zu finden, und dadurch die Betriebsstörungen infolge des Fehlens von Betriebsstoffen und Rohmaterialien und die Produktionsverwertung infolge der Lebensmittelpreiserhöhung zu verhüten.

Es ist deshalb an sich wohl auch durchaus richtig gewesen, daß durch die Verordnung vom 9. Januar 1919 und das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 die für die Schwerbeschädigten geeigneten Arbeitsstellen diesen reserviert und um einer gewissen Abneigung gegen die Einstellung Schwerbeschädigter vorzubeugen ein Zwang zur Einstellung und Beschäftigung gewisser Mindestzahlen von Schwerbeschädigten für die meisten Betriebe gesetzlich eingeführt worden ist.

Gleichwohl scheinen jene Verordnung und jenes Gesetz an einem grundsätzlichen Mangel zu leiden, das es sonst kaum hätte nötig sein dürfen, fast alle Vierteljahr eine neue Abänderungsverordnung oder ein Abänderungsgesetz erscheinen zu lassen. So ist kürzlich wiederum durch die Verordnung vom 21. Juli d. Js. Reichsgesetzblatt Nr. 78 S. 947 die Grenze bei der die Einstellungsfrist beginnt, herabgesetzt worden. Dies beweist, daß die bisherigen Vorschriften trotz der ihnen zugrunde liegenden statistischen Berechnungen nicht ausgereicht haben, um allen Schwerbeschädigten Arbeit zu schaffen.

Dieser Mangel dürfte in der gesetzlichen Stellung zu der Entlohnungsart der Schwerbeschädigten liegen.

In der Praxis streiten sich hier die Ansprüche der Schwerbeschädigten mit den Forderungen der Betriebswirtschaft. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkte aus wollen die Arbeitgeber auch bei den Schwerbeschädigten den Grundsatz angewandt wissen, Bezahlung nach Leistung. Sie wollen also das Recht haben, einem Schwerbeschädigten, der nur die halbe Leistung eines Vollarbeiters erzielt, auch nur den halben Vollarbeiterlohn zu zahlen. Die Schwerbeschädigten dagegen sträuben sich, mit geringeren Löhnen abgefunden zu werden, sind auch nicht zufrieden, wenn Arbeitsverdienst und Rente den Vollarbeiterlohn erreicht, verlangen vielmehr häufig in einer falschen Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen den Vollarbeiterlohn, mit dem Hinweis darauf, daß nach dem Reichsverordnungsgesetz und der vorläufigen Landarbeiterordnung die Anrechnung von Renten auf das Arbeitsverdienst verboten sein soll.

Noch größere Unzuträglichkeiten haben sich daraus ergeben, daß nach den Neuerungen des Reichsverordnungsgesetzes die Rente je nach der Höhe des tatsächlichen Arbeitsverdienstes mehr und mehr ruht.

Am schlimmsten ist eben, daß durch den tatsächlich mehr oder weniger bestehenden Zwang zur Bezahlung der Vollarbeiterlöhne manche Einstellungen aus betriebswirtschaftlichen Gründen unterbleiben, die sonst den Schwerbeschädigten zugute gekommen wären. Um diesen Schwierigkeiten vorzubeugen, sind bereits in manchen Tarifverträgen Bestimmungen aufgenommen, denen zufolge für minderleistungsfähige Arbeitnehmer besondere angepasste Löhne im Einvernehmen mit den Betriebsvertretungen festgesetzt werden können. Aber auch diese Bestimmungen führen gewöhnlich, wegen der zu überwindenden verständlichen Widerstände nicht zum Ziel. Vor allem sträuben sich die Schwerbeschädigten aus verständlichen Gründen dagegen, weniger Lohn zu erhalten als ihre Arbeitskollegen. Hier muß auf die Dauer ein Ausweg geschaffen werden. Vielleicht ließe er sich dadurch finden, daß man grundsätzlich allen Schwerbeschädigten die vollen Tariflöhne auszahlt, dagegen die eigentlichen Renten, Verfallenszulagen, Pflegegelder usw. entzieht und den Betrieben, die Schwerbeschädigte beschäftigen, die im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung festzusetzende Differenz zwischen den ausgesetzten Löhnen und den Arbeitswerten aus den Rentenfonds erstattet

## Zeitgemäße Lehrlingsausbildung

II.

Von Ingenieur W. Hofmann.

Die Lehrlingswerkstätten zeichnen sich dadurch aus, daß sie den neuesten Anforderungen entsprechen. Gut beleuchtete und lüftbare Räume stehen zur Verfügung, jeder Lehrling erhält seine Werkbank, sein Werkzeug, seinen Kleiderschrank usw. und ist für alles selbst verantwortlich. Die Lehrverträge enthalten meist einen Absatz, nach welchem Ungehorsam und Unbotmäßigkeit Entlassungsgrund ist. Das bringt die Jungen von Anfang an zur Vernunft, denn der Vater würde ihnen sicherlich nochmal den Hofenboden straff ziehen, wenn aus diesen Gründen eine Entlassung erfolgen müßte. Der Lehrkörper setzt sich zusammen aus Meistern und Ingenieuren des Werkes, mitunter sind noch Lehrer für deutsche Sprache, Handelswissenschaft usw. verpflichtet, so daß die Ausgaben für eine solche Werkstatt ziemlich erheblich sind. Von Anfang an werden die Jungen zu peinlicher Genauigkeit angehalten, immer wieder muß ein Stück neu angefertigt werden, bis es allen Anforderungen entspricht. Um nun nicht gleich zu sehr zu ermüden, werden Unterrichtsstunden zwischengeschaltet, in welchen die zu leistende Arbeit behandelt wird; ferner müssen Aufsätze angefertigt werden, jedoch alles im Rahmen der Fabrikation. Auch die körperliche Ausbildung kommt nicht zu kurz, Turnen, Baden, Spiele und Ausflüge lassen die Jungen den Zwang nicht so fühlbar werden.

Die besten Arbeiten werden dann am Jahresende ausgestellt und besonders belohnt, und es muß schon ein sehr gleichgültiger Junge sein, welcher nicht den Ehrgeiz hätte, auch einmal eine solche Belohnung mit zu erwischen.

Im ersten Jahr wird die vom Lehrling geleistete Arbeit unproduktiv sein, d. h. die betreffende Firma wird keinen Nutzen aus ihr ziehen können, im zweiten Jahr jedoch kann schon produktive Arbeit geleistet werden, es können z. B. in einer Schlosserei Keile gefeilt, Säureabköpfe blank gemacht werden usw. Es sind dies Arbeiten, die auch genau gemacht werden müssen, maschinell vielleicht preiswerter und einfacher herzustellen sind, aber durch den Lehrling angefertigt, schon Gewinn bedeuten, gegenüber der bisher unproduktiven Arbeit desselben. Es hebt das Selbstgefühl des Lehrlings, wenn er weiß, daß seine Arbeit weiter Verwendung findet.

Im dritten und vierten Jahr werden die Arbeiten immer vollständiger. Die am Jahreschluss gegebenen Zeugnisse gestalten eine Uebersicht über die Leistung des Lehrlings. Diese Zeugnisse werden in Tabellen zusammengestellt, aus denen dann sofort ersichtlich ist, in welchen Fächern der Junge besonders leistungsfähig ist, oder welches Fach ihm Schwierigkeiten bereitet. Auf Grund der inzwischen bei sich selbst ererbten Fähigkeiten und der Beurteilung durch Fachleute, kann der Ausgelernte dann sich einem Sonderfach zuwenden.

Welche Vor- und Nachteile bieten nun diese Schulen. Ein ins Auge fallender Vorteil ist entschieden die gründliche Ausbildung, welche unter Berücksichtigung individueller Anlagen erfolgt, eine Ausbildung des Geistes und Körpers.

Diese Jungen sind tatsächlich leistungsfähig. Sie haben neben einer Berufsausbildung noch eine allgemeine Weiterbildung erhalten, die ihnen gestattet, sich in allen Lebenslagen zurechtzufinden. Sie haben gelernt, sich in die Eigenheiten anderer zu fassen, und sind dadurch in der Lage, später einmal selbst Meister zu werden.

Nun käme der Nachteil. Hier kann man eigentlich nicht recht sagen, daß dies ein Nachteil sei, doch wird er von Gegnern der Schulen als solcher angeführt, nämlich daß die Ausbildung so erfolgt, daß der Lehrling nach dem Auslernen gewissermaßen durch das Erlernen an den einen Betrieb über den einen Industriezweig gebunden ist, mit andern Worten, daß die Ausbildung einseitig ist. In gewissem Sinne ist dies so, denn die betreffende Firma will doch das für die Schulen aufgewendete Kapital verzinsen, und wenn nur ein Teil der Lehrlinge, welche bei ihr die entsprechende Ausbildung erhalten haben, dann bei ihr bleibt, dann ist die von diesen geleistete, bessere Arbeit die Verzinsung. Weiblichere Firmen aber fordern, daß die Lehrlinge nach dem Auslernen erst anderweitig arbeiten, wohl nehmen sie diese Leute später gern wieder an, aber nicht im Anschluß an die Lehrlingschule.

Wenn diese Schulen immer weitere Verbreitung finden, werden wir ja auch in einigen Jahren in allen Zweigen einen Stamm tadellos ausgebildeter Leute haben, die sich selbst zur Freude, Qualitätsarbeit liefern können. Leider sind die Schulen noch sehr jung. Mancher Mißgriff mag gemacht worden sein, bis sie in ihrer jetzigen Form entstanden. Immer weitere Kreise werden sich für dieselben interessieren, nicht zum wenigsten die Arbeiter, welche Jungen haben, die in die Lehre sollen, und die an sich selbst den Wert einer guten Ausbildung erkannt haben. Bald kommt wieder die Zeit, in welcher die Anmeldung zur Lehre erfolgen muß. Da heißt es für den Vater wohl überlegen, wohin er seinen Jungen schicken soll. So weit ich es vermag, bin ich gern bereit auf Anfragen solche Schulen namhaft zu machen, die in der Nähe des betreffenden Ortes liegen, oder die sich für den gewählten Beruf besonders eignen. Ob allerdings ein Unterkommen dort möglich ist, kann man nicht sagen, da die Schulen, zufolge ihres Wertes, sehr überlaufen sind. Entsprechende Anfragen bitte ich an die Schriftleitung der Zeitung zu richten.

### Berufswahl und Berufsberatung

## 226 Millionen Mk. kontra 7 979 601 429 Mark

Wilhelm Mauer.

Ihr standet vor dem Kapital  
Wie die blutige Meute  
Vor einem Stachelschwein  
Und wußtet nicht,  
Wie ihr es anfassen solltet.

Sehen wir uns ihre obigen Antworten auf die Frage wie sich

die Arbeiterschaft gegen Konzerne sichert

und was sie ihnen gegenüber zu stellen hat, einmal näher an, so kommen wir zu folgendem Ergebnis:

Mit den ersten Antworten können wir einverstanden sein, sie treffen den Nagel auf den Kopf. In der Tat hat nicht nur die sozialistische Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit Idealismus, Opfermut und Hingebung für die Gewerkschaften bekundet, sondern auch die christliche Arbeiterschaft. In besonderen rühmen wir uns, in unserem Christlichen Metallarbeiterverband den höchsten finanziellen Opfermut von allen 3 Metallarbeiterverbänden an den Tag gelegt zu haben, nicht nur früher, sondern auch jetzt. Wir hatten vor dem Kriege das ausschlaggebende höchste Kopfvermögen und haben es auch jetzt noch.

Die „226 Millionen Mark“, die der Deutsche Metallarbeiterverband „auf einer Seite des Hauptbuches“ stehen hat, reichen bei weitem nicht aus, um nur auch annähernd solche umfangreichen Kämpfe führen zu können. Dafür ist das Beitragsverhältnis der Vorkriegszeit und jetzt gegenüber dem gewaltig entwickelten Kapital auf der Gegenseite zu sehr zurückgeblieben. Der Abstand ist zu groß, geworden, was in anderen sozialistischen Kreisen auch schon längst eingesehen und ausgesprochen wurde. Scharf doch schon das „Korrespondenzblatt“ der sozialistischen Gewerkschaften, Nr. 51 vom vorigen Jahre, daß die Beitragszahlung im Deutschen Metallarbeiterverbande viel zu gering sei und nicht im entferntesten mit der Geldentwertung Schritt gehalten habe. „Der Metallarbeiterverband müßte, wenn er alle Eventualitäten ruhig an sich heran kommen lassen wollte, eine jährliche Mindesteinnahme von 450-500 Millionen haben. Bei 1700 000 Mitgliedern müßte die Beschaffung einer solchen Summe auf keine allzu großen Schwierigkeiten stoßen.“ Dieses schrieb das „Korrespondenzblatt“ schon bald vor einem Jahre, wo die Verhältnisse noch ganz anders wie heute waren. Ohne Zweifel würde es heute zu viel höheren Zahlen kommen. Statt dessen sehen wir, daß von dieser Mindesteinnahme nur die Hälfte da ist.

Der „Metallarbeiterzeitung“ erscheinen aber auch selbst die 226 Millionen Mark als unzulänglich, denn sie spricht u. a. von „einer noch stärkeren Finanzkraft“, die einsehen müßte, wenn der Metallarbeiterverband die Macht der Konzerne paralisieren solle.

Was aber tut dem gegenüber die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes? Sie erhöht den Beitrag der Volkswirtschaftler von 3 Mark auf 4 Mark, oder um 33 1/3 Prozent. Aber statistische Auslagen werden erhöht bis zu 50 und mehr Prozent. Dazu kommt die neue Steuer, die noch mehr verschlingt, so daß also die genannten Millionen „auf einer Seite des Hauptbuches“, immer kleiner werden gegenüber der anderen Seite des Hauptbuches, von welcher die Metallarbeiterzeitung leider überhaupt nichts erwähnt. Mit solcher rückläufig sich bewegenden Finanzen, die zu einem

#### Bankrott der Gewerkschaften

gegenüber den neuen Kapitalmächten auf Unternehmerseite führen, läuft die Arbeiterbewegung in der Tat Gefahr, „von der wirtschaftlichen Uebermacht ihrer Gegner erdrückt“ zu werden.

Das finanzielle Gegengewicht der „Metallarbeiterzeitung“ wird aber auch kleiner und die Geldmacht auf Seiten der Konzerne und der Unternehmer größer, wenn die Millionen der „Metallarbeiterzeitung“ den Milliarden von allen Konzernen und Betrieben — wie es nur allein folgerichtig ist — gegenüber gestellt werden. Denn zu den 8 Milliarden des Stinneskonzerns kommen ungezählte Millionen und Milliarden von ungefähr 20 anderen Konzernen und der sonstigen Industrie zu. Auch hier sind Metallarbeiter beschäftigt, deren Verhältnisse und Rechte mit den „226 Millionen Mark“ gegen die Unternehmermacht paralytisch sein wollen. Wo für also solche Luftsprünge und Zäufungen? Gegenüber der Arbeiterschaft kann es doch nur ein verhängnisvoller Agitationsflieger sein, und wenn damit gegenüber den Kapitalgewaltigen Einbruch erzielt werden soll, so ist auch dieses ein vergebliches Beginnen. Denn die Arbeitgeber wie ihre Verbände kennen nur zu genau die finanzielle Schwäche der Metallarbeiterbewegung; die haben das Rechnen nicht verlernt. Auch ihnen gegenüber helfen nicht „Wortgespinste der abgelebten Medekünste“, zu welchen letzteren auch das Sonstige mehr oder weniger gehört, was die „Metallarbeiterzeitung“ durch „Kampfesmut“ wie auch durch die „Ideenwelt des Sozialismus“ den gewaltigen Konzernen gegensteht will.

### Berufswahl und Berufsberatung, zwei Schlagworte.

Aus der Vielheit der Berufe folgt die Berufswahl, deren Ausfall nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Volkswirtschaft von großem Interesse ist. Volkswirtschaftlich unterscheidet man ein quantitatives Interesse, das darin besteht, daß Angebot und Nachfrage in den einzelnen Berufen sich die Waage halten, und ein qualitatives Interesse, das jeden Menschen an dem Maße sehen möchte, an dem er seine Fähigkeiten für die Gesamtheit am nützlichsten verwerten kann. Das Idealbild wäre eine vollkommene Freiheit in der Berufswahl für jeden nach seiner Neigung und Eignung. Dieser Freiheit erwachsen jedoch mannigfache Schranken, die in 1. rechtliche, 2. ökonomische und 3. soziale oder traditionellen zu scheiden sind.

Rechtliche Schranken zeigen sich heute fast nur noch negativ und ausnahmsweise, z. B. in der zeitweiligen Sperrung der Volkswirtschaft, des Chauffeurberufes u. w. Erschwerende Maßnahmen des Staates, wie Approbationen, Konzessionen kann man auch unter die rechtlichen Schranken der Berufswahl rechnen.

Die ökonomischen und sozialen Schranken sind nicht so stark wie die rechtlichen. Der Aufstieg in höhere Gesellschaftsklassen ist für den Arbeiter, wenn sie durchbrochen werden. Trotzdem ist es nicht zu leugnen, daß sie praktisch die wichtigsten sind. Statistische Untersuchungen, die von Sorer und Bernans angestellt worden sind, ergaben ein interessantes Bild über die Beweggründe zur Berufswahl, zeitigen jedoch gleichzeitig, wie außerordentlich schwierig es ist, berartige Erhebungen so anzustellen, daß das Ergebnis einigermaßen der Wirklichkeit entspricht. Besonders Angehörige des Proletariats werden sich vielfach nicht darüber im klaren sein, warum sie gerade den Beruf erwählt haben, andere werden ihre wahren Beweggründe, wie guten Verdienst, angenehme Stellung usw. zu verschleiern suchen. Sicher ist jedenfalls, daß ein großer Prozentsatz junger Menschen sich bei der Berufswahl von Gründen leiten läßt, die eigentlich nicht mitprechen sollten und die in sehr vielen Fällen zu Mißgriffen führen. Ursachen hierfür sind sowohl das Fehlen der nötigen Urteilskraft infolge der Jugendlichkeit, als auch die Unkenntnis des zu wählenden Berufes. Die notwendige Folge ist ein häufiger Berufswechsel, der am häufigsten im jugendlichen Alter erfolgt. Eine Statistik kann uns nur ein ungefähres, aber kein zuverlässiges Bild geben, da man ja nicht wissen kann, wie oft die der Statistik zugrundeliegenden Personen nach der Erhebung noch einen Berufswechsel vornehmen werden.

Um diesen Mißständen abzuhelfen, hat der Staat oder die Gesamtheit mit Berufsberatung einzusetzen. Schon vor dem Kriege hatte man das erkannt, und vor allem in Bayern und Hessen war die Schule in Verbindung mit Arbeitsämtern in dieser Richtung tätig. Auch heute man schon Ausschüsse zur Berufsberatung gebildet. Ein Erlass des Ministeriums vom 18. 3. 19 unternimmt eine Regelung der Berufsberatung. Er schafft Berufsämter, die den Gemeinden oder Berufsorganisationen angegliedert werden sollen und neben der Beratung auch Stellen für Lehrkräfte vermitteln und Ratsschläge für Ausbildung usw. erteilen sollen. Die Vorarbeiten für diese Berufsämter sollen die Schulen übernehmen. Durch Berufsschulung und Berufskunde sollen sie die Schüler über Wesen und Art des Berufes aufklären, durch Arbeitsunterricht, Führung durch Betriebe usw. ihm Anschauung verschaffen. Der Lehrer mit psychologischem Verständnis hat während der Schulzeit ausreichende Gelegenheit, über die Eignung jedes einzelnen Schülers sein Urteil zu bilden und dies durch Ausstellung von Berichten dem Berufswahlamt nutzbar zu machen. Auch der Arzt muß über die physische Eignung zu dem zu wählenden Berufe geurteilt werden und nicht zuletzt käme eine psychologische Eignungsprüfung in Betracht.

Die weitwichtigste ist die positive Instanz, die für jedes einzelne Individuum den passenden Lebensberuf ermitteln will. Wenn Schule, Arzt und Psychologe über den zukünftigen Beruf geurteilt haben, wird es dem Berufswahlamt leicht sein, einen passenden Beruf zu finden. Ausgeschlossen ist natürlich, daß das Berufswahlamt irgendwelche Verantwortungen für seine Vorschläge übernimmt, da die Entscheidung im letzten Grunde bei den Einzelnen liegt.

### Streiflichter

#### Zum zweitenmal betrogen.

Das deutsche Volk, das auf die Reben gewisser Ententeleiter in Bezug auf Oberschlesien vertraute, ist abermals betrogen worden, genau wie es bei den neuen Punkten Wilsons auch geschehen ist. Der Versailler Friedensvertrag, der bestimmte, daß Oberschlesien nach einer Volksabstimmung ganz demjenigen Land zufallen sollte, das die größte Anzahl Stimmen erhielt, ist in Genf einmütig durchbrochen worden, weil es so besser in den „Kram“ paßte. Frankreich hat wieder einmal gegen jede Gerechtigkeit gestimmt. Es wollte unter allen Umständen von den Polen eine angemessene Vergütung der ihnen geliebten 10 Milliarden Francs haben und die konnte es nicht heuer erhalten als dann, wenn das oberste Reichsgericht die Provinz Westpreußen an Polen abzugeben würde. Und so ist denn jedem primitivsten Gerechtigkeitssinn hoch presend auf terner Komödie in Genf Oberschlesien gewaltfam dem deutschen Volk entzogen und den Polen gegeben worden. Krattes deutsches Kulturgebiet ist uns entzogen und damit eine Katastrophe geschaffen worden, die auf die ganze Zukunft für einen Erbfeind neuer insofern schwerer politischer Entwicklungen und selbst von Kriegen in sich birgt.

Für Deutschland, die deutsche Volkswirtschaft und die deutsche Arbeiterschaft ist die Abtrennung von Oberschlesien von tiefster Bedeutung. Das zweitgrößte Industriegebiet Deutschlands ist der deutschen Wirtschaft weggenommen worden.

Die Ober bis Ostpolen wird nunmehr zum Grenzland zwischen Polen und Deutschland. Das Blei und Kohlen an Polen kommen werden, ein Kohlenrevier, das bis zu 1500 Meter Tiefe einen Kohlenreichtum von annähernd 70 Milliarden Tonnen enthält konnte nach der Stellungnahme Englands von vornherein erwartet werden. Aber damit nicht genug, man hat den Polen die wichtigsten Industriezentren mit ihren Köpfen und großen Städten ausgeliefert. Katowiszta Stadt und Land, der Landkreis Sosnowitz mit Königshütte, deutsche Städte mit großer Mehrzahl sollen nun an dem polnischen Staatsverbande angehängt. Damit sind die Zinkgruben und Hüften, die in diesen Kreisen ihre Vorräte haben für Deutschland verloren. Der Verlust dieses Industriegebietes bringt Deutschland um seine Vornachstellung als Zinkproduzent und macht es abhängig durch den Bezug dieses wichtigen Rohmaterials vom Ausland. Die Städte Tarnowitz und Lublinitz mit etwa zwei Drittel ihres Kreisgebietes fallen ebenfalls an Polen und mit ihnen die großen Leinwand Erzeugnisse. Außerdem befinden sich im Tarnowitzer Kreise die Wasserwerke, die das ganze Industriegebiet versorgen. Zu diesem Verluste kommt ein großer Teil des Kreises Ratibor und Hindenburg. Der Verlust der Kohlenproduktion, den Deutschland durch die Gebietsabtrennung erleidet, wird mit erheblichem Mehr als der Hälfte des Gesamtbedarfs betragen beziffert werden können. 70 Prozent der Stahlproduktion und 65 Prozent des Eisens fallen auf die polnische Seite. So sehen die ungeheuren Verluste an wirtschaftlicher Kraftenergie aus, die der deutsche Wirtschaftskörper durch den Genfer Spruch erleidet.

Wir stehen nach dem Verlust Oberschlesiens näher als je vor dem Bankrott der deutschen Wirtschaft. Die Kohlenförderung, deren größter Teil — zwei Millionen Tonnen monatlich — wir an Frankreich abliefern müssen, wird dadurch auf das höchste gefährdet. Stilllegung der Industrie und Arbeitslosigkeit werden die Folgen des Kohlenmangels sein. Und mitten in dieser katastrophalen Not, wo es das Gebot der Stunde wäre, daß alle zusammenstünden, gibt es noch radikale Kreise, die ein Vorgehen zum Protest gegen die Vergewaltigung Deutschlands, zu dem Steigern aufstrebte, als „einseitig deutsch“ bezeichnen. Die christliche Arbeiterschaft erhebt aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen den härtesten Protest gegen die neuerliche Zerstückelung Deutschlands und fordert die baldige Revision des Versailler Diktats.

Mit dem Sinn dieser Worte begründet die „Metallarbeiterzeitung“, das Organ des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, in Nr. 28 d. Js. die in derselben veröffentlichte Arbeit „Ein Stinneskonzern sei in Tabellen“, und den Mangel über einschlägige Schriften betreffend die Konzernbewegung im sozialistischen Lager.

Die bei der Arbeit angewandte Mühe der „Metallarbeiterzeitung“ soll anerkannt werden. Sie hat auch auf einen wichtigen Wege der Arbeiterinteressenvertretung gegenüber der Konzernentwicklung nachdrücklich hingewiesen. Nämlich auf eine

#### Stärkere Finanzkraft der Gewerkschaften,

der aber auch ohne die Konzernbewegung eine größere Beachtung geschenkt werden muß. Zu bebauern bleibt aber, daß die „Metallarbeiterzeitung“ trotzdem ihren Leserkreis in einer verhängnisvollen Irregeschickung noch mehr bleibt zu bebauern, daß dieser Wegweiser der „Metallarbeiterzeitung“ vom Metallarbeiterverband gar nicht beachtet wird. Denn zu der von der „Metallarbeiterzeitung“ so „schnell als möglich“ verlangten „Abhilfe“, die kommen müßte, wenn nicht „die Arbeiterbewegung von der wirtschaftlichen Uebermacht ihrer Gegner erdrückt“ werden sollte, tut sie selbst nicht und auch ihr Verband versagt dabei. Aus den nachstehenden Ausführungen geht vielmehr hervor, daß das obige, von ihr selbst benannte Motto für die „Metallarbeiterzeitung“ als auch für den Deutschen Metallarbeiterverband wie angepöbeln paßt. Im Interesse der deutschen Metallarbeiter, wie auch der beschränkten Erdrückung der Arbeiterbewegung durch die Uebermacht, muß deshalb öffentlich gesagt werden, was tatsächlich ist.

In der fraglichen Arbeit errechnet die „Metallarbeiterzeitung“ in dem Stinneskonzern, eine erfassbare Kapitalmacht von 7 979 601 429 Mark. An einer anderen Stelle sagt sie, daß die Kapital-Gewalt des Stinneskonzerns mit ungefähr 1340 Betrieben und 120 000 Beschäftigten nahe zu 8 Milliarden Mark betrüge und fährt dann fort:

„Was stellt die Arbeiterschaft diesem Mammutkonzern gegenüber? Wir wollen offen sein und zugeben: Die Chancen der Arbeiterschaft sind gering und werden es so lange sein, als die deutsche Arbeiterschaft es nicht versteht, den Geist des Idealismus, des Opfermutes und der Hingebung, der die sozialistische Arbeiterschaft der Vorkriegszeit auszeichnete, auf alle Arbeiter zu übertragen und bis zur höchsten Potenz fortzuentwickeln. „Heute helfen auch nicht Wortgespinste der abgelebten Medekünste“, sondern ernstes positives Schaffen in den Betrieben und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind der einzige ernsthaft in Frage kommende Aktivposten auf Seiten der Arbeiterschaft. Der Deutsche Metallarbeiterverband, der in seinen Haupt- und Lokalkassen auf einer Seite des Hauptbuches 226 Millionen Mark verbucht, ist in der Lage, die Unternehmerschaft der Truistunternehmungen zu paralytisieren, wenn zu einer noch stärkeren Finanzkraft die Geschlossenheit der Organisation und ein führender Kampfesmut tritt, gepaart mit volkswirtschaftlichen Kenntnissen auf der Ideenwelt des Sozialismus.“

Hieraus geht der Sinn unserer Ueberschrift hervor. Schon eine oberflächliche Betrachtung der beiden Zahlen besagt, daß der Vergleich zum doch ein sehr gewagter ist. Und nicht nur das, sondern solche überhebende Artikel beschwören die Gefahr herauf, daß die Arbeiterschaft auf solche Kunststücke leicht geneigt ist Kämpfe aufzunehmen, bei welchen sie bestimmt erliegen muß. Denn zum Kampfführen gehört bekanntlich Geld, Geld und nochmals Geld. Gegenüber der Kapitalmacht der Konzerne ist dieses auch im Deutschen Metallarbeiterverbande auf pro Kopf seiner Mitglieder gerechnet, gar nicht vorhanden und wie die jüngste Generalversammlung in Jena zeigt, wird dieses auch anscheinend nicht geschafft werden. Selbstverständlich werden wir nie in der Arbeiterbewegung weder dergleichen Summen, noch auch nur annähernde wie die Gegenseite, aufweisen können. Dieses brauchen wir auch nicht. Es kommt vielmehr nur auf das Verhältnis des gewerkschaftlichen Kampfes zu der gegnerischen Kapitalmacht an. Die Methode der „Metallarbeiterzeitung“ ist dieselbe verhängnisvolle, die wir während des Krieges von gewisser Seite in Deutschland hörten, die auch mit Finanzschlen operierte, die nicht da waren und die es auch an sonstigen Ueberspannungen nicht fehlen ließen, bis der fürchterliche Zusammenbruch diesen Schleier geriß. Das Unheil solcher Uebertreibungen scheint die „Metallarbeiterzeitung“ leider noch nicht begriffen zu haben.

#### Das Morgenrot des Kapitalismus.

Ein handelspolitischer Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ hatte eine Unterredung mit dem zurzeit in Deutschland weilenden russischen Bolschewist Arthur. Dieser russische Wirtschaftspolitiker sagt in einer Zusammenfassung der bolschewistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik offen und ehrlich:

Nämlich, wir kehren zum Kapitalismus zurück und folgen dabei einer Notwendigkeit, die sich aus dem Vergehen und dem Einschlagen der weltrevolutionären Bewegung ganz von selbst ergibt. Wenn die Weltrevolution eintritt, das steht in keinem Zweifel, niemals hätten sich die führenden Männer der Sowjetregierung der Union eingebildet, daß Kapitalismus als kommunistische Welt im Meere des westlichen Kapitalismus existieren kann. Und überhaupt, Kapitalismus habe genug auf den Altar der Weltrevolution gebracht, jetzt muß sich die Sowjet-

regierung den inneren Problemen des Wiederaufbaues zuwenden. Also das: wurde das arme russische Volk in eine Hölle gestürzt, die schlimmer ist als die des Faschismus. Dafür schlug die Sowjetregierung die ganze Wirtschaft eines Landes in Stücke, um sich am Erlöse dem Kapitalismus wieder in die Arme zu werfen. Das ist das Ende der kommunistischen Weisheit.

#### Kosten des Nahrungsmittelaufwandes.

Die im Großhandel beobachtete Steigerung der Preise prägt sich nunmehr auch im Kleinhandel deutlicher aus. Die zunehmende Verteuerung kommt besonders scharf in der Lebensmittelpreisstatistik zum Ausdruck. Die von H. Calwer auf Grund der Berichte von rund 200 deutschen Plätzen berechnete Indexziffer, die den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, Eltern und



